

Der Europäische Pakt für die Jugend

Der **Europäische Pakt für die Jugend** gehört zu den wichtigsten Instrumenten zur Förderung der Jugend in Europa in den nächsten Jahren. Mit seiner Hilfe soll Jugendlichen der komplizierte Übergang von Schule, Ausbildung und Studium hinein ins Berufsleben erleichtert werden. Darüber hinaus ruft er Jugendliche auf, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und an der Lösung insbesondere ihrer eigenen Probleme und Belange mitzuwirken. Der Pakt wird nicht in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg verwirklicht, sondern soll in den Mitgliedstaaten, in Regionen, Städten und Kommunen mit Leben gefüllt werden. Um ihre regionalen Projekte durchzuführen, können die Städte europäische Fördermittel beantragen, die hauptsächlich aus dem Europäischen Sozialfonds entnommen werden. Es ist sehr wichtig zu beachten, dass der Pakt kein Rechtsakt und keine gesetzliche Richtlinie der EU ist. Vielmehr muss er als ein Wegweiser für die Gestaltung der Jugendpolitik in den Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren verstanden werden.

Geschichte des Europäischen Paktes für die Jugend

Der Grundstein für den **Europäischen Pakt für die Jugend** wurde am 29. Oktober 2004 durch eine Initiative der Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Schweden und Spanien gelegt. Mit dieser Initiative setzten sie sich für eine verstärkte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Bildungschancen in Europa ein. Oberstes Ziel hierbei ist es, das Potenzial von Jugendlichen sinnvoll zu nutzen, da dies eine grundlegende Voraussetzung für die Rückkehr zu anhaltendem und nachhaltigem Wachstum in Europa ist. Um diese Probleme zu lösen, schlugen die Regierungschefs in ihrer Initiative verschiedene Maßnahmen vor. Diese betreffen beispielsweise:

- eine verbesserte Betreuung von arbeitslosen Jugendlichen
- gezielte Weiterbildung Jugendlicher in der Zeit zwischen der Beendigung der Ausbildung und dem Eintritt ins Arbeitsleben
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben
- Entwicklung des gesellschaftlichen Bewusstseins für die Belange der Jugend

Auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs am 22./23. März 2005 in Brüssel wurde der **Europäische Pakt für die Jugend** als eines der Instrumente zur Verwirklichung europäischer Jugendpolitik beschlossen.

Er ist zudem ein Teil der erneuerten Lissabon Strategie. Diese wurde im März 2000 von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen und setzt sich zum Ziel, die EU bis zum Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. Die dort festgesetzten Ziele wurden zunächst nicht erreicht und konsequenter Weise zur Halbzeit auf dem Frühjahrsgipfel vom 22. - 23. März 2005 überarbeitet. Künftig soll die Strategie stärker auf **Wachstum** und **Beschäftigung** sowie **Vereinfachung** und **Engagement der Mitgliedstaaten** ausgerichtet werden.

Umsetzung des Europäischen Paktes für die Jugend

Der **Europäische Pakt für die Jugend** umfasst folgende Schwerpunkte:

1. Beschäftigung, Integration, sozialer Aufstieg
2. Allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität

3. Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben
4. Stärkung des gesellschaftlichen Engagements von Jugendlichen

1. Beschäftigung, Integration, sozialer Aufstieg

Seit mehreren Jahren ist in Europa jeder 5. Jugendliche arbeitslos, in Deutschland liegt die Arbeitslosenrate der unter 25-Jährigen gegenwärtig bei 15 %. Grund genug, dass die dauerhafte Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt eine der höchsten Prioritäten des Pakts ist. Der Arbeitsmarkt soll ihnen auf eine speziell jugendgerechte Art und Weise geöffnet werden, damit der Einstieg in die Arbeitswelt schneller und unkomplizierter gelingt. Ein zusätzliches Problem ist die weit verbreitete Jugendarmut. 19% der Jugendlichen in Europa leben im Armutrisiko. Das ist ein noch höherer Wert als bei den Erwachsenen, bei denen dieser Wert 12% beträgt¹. Eine Verbesserung dieser erschreckenden Statistik ist ein äußerst wichtiges Anliegen der EU und aller Beteiligten in den nächsten Jahren.

Hier sind einige Vorschläge unsererseits zur Lösung dieser sehr komplizierten Aufgaben:

- Stärkung der Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen durch Projektstage, Schnupperpraktika in Unternehmen und berufsorientierte Vorbereitungskurse
- Jugendgemäße Beratung und Betreuung durch die Agentur für Arbeit
- Sensibilisierung für das Problem `Jugend und Armut` in Zusammenarbeit mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden der Region
- Weitere Stichpunkte in diesem Themenfeld sind z.B. die Förderung von benachteiligten Menschen; gerechtere Entlohnung von Lehrlingen und Praktikanten; Abbau von Diskriminierung von Jugendlichen im Arbeitsalltag; Förderung von speziellen Maßnahmen für berufstätige Frauen

2. Allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität

Jedes Jahr sind zu viele Schulabbrecher, zu wenige Lehrstellen und ein zu knappes Angebot von Studienplätzen dafür verantwortlich, dass Jugendliche noch vor ihrem ersten Schritt ins Berufsleben in das gesellschaftliche Abseits gestellt werden. Die Rate der Schulabbrecher in Europa soll bis zum Jahr 2010 auf 10 % reduziert werden. Dies ist eine gewaltige Herausforderung, die eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten erfordert. Auch die Unternehmen müssen eine größere Verantwortung in der Bereitstellung von Lehrstellen übernehmen, indem sie es sich als Ziel setzen, jedem arbeitswilligen Jugendlichen eine Stelle anbieten zu können.

Generell sollten Jugendliche ermutigt werden, Praktika und Auslandsaufenthalte vor und während des Studiums zu absolvieren, um sich schon in jungen Jahren als Persönlichkeit zu entwickeln. Zusammenfassend fordert der Pakt also, dass Jugendliche besser auf die Anforderungen der heutigen Wirtschaft vorbereitet werden, indem sie für eine flexiblere Einsatzbereitschaft sowohl im regionalen als auch fachlichen Bereich geschult werden.

¹ Die EU definiert das „Armutrisiko“ als die Schwelle, bei der das Nettoeinkommen 60% des ortsüblichen Einkommens unterschreitet

Mögliche Wege diesen großen Herausforderungen gerecht zu werden sind unserer Meinung nach:

- Entwicklung von Maßnahmenkatalogen in Zusammenarbeit zwischen Schülern, Lehrern und Schulverwaltungen zur Reduzierung der Zahl von Schulabbrechern
- Intensivere Vorbereitung der Jugendlichen auf die Bewerbungsverfahren
- eine konkrete öffentliche Unterstützung der Mobilität von Jugendlichen durch Auslandsaufenthalte und Praktika in Partnerstädten
- Weitere Stichpunkte hierbei sind z.B. eine größere Transparenz im Bereich des Angebots von Ausbildungsplätzen der regionalen Unternehmen; verbesserte Studienberatung durch eine noch engere Kooperation von Schulen und Universitäten; gezielte Förderung von Lernschwachen und Hochbegabten

3. Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben

Gleitzeitarbeit, Telearbeit sowie Mutterschafts- und Elternurlaub sind moderne Formen der Arbeit, bzw. einem Kompromiss von Arbeit und Familie um vor allem jungen Erwachsenen den Eintritt ins Berufsleben zu erleichtern. Leider ist die Durchsetzung dieser und anderer Instrumente in vielen Teilen der EU noch keine Selbstverständlichkeit. Mit dem Pakt können Impulse ausgelöst werden, die diese und andere Arbeitsmodelle noch stärker ins Bewusstsein von Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und jugendlichen Arbeitnehmern bringen. Bei diesem Schwerpunkt geht es vor allem darum, mit welchen regionalen Ressourcen, Ideen und Möglichkeiten die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben gesichert wird.

Die Überlegungen könnten unserer Meinung nach, neben den oben genannten Modellen, in folgende Richtungen gehen:

- Schaffung von innovativen Methoden der Kinderbetreuung wie z.B. der Einrichtung von Unternehmenskindergärten, Einsatz von Senioren zur Kinderbetreuung und kommunal organisierte Babysittertauschbörsen
- Einrichtung einer Beratungsstelle im Rahmen der Agentur für Arbeit um jugendliche Arbeitnehmer speziell in berufsbedingten Konfliktsituationen weiterzuhelfen
- Weitere Punkte in diesem Bereich sind u.a. öffentliche Aufklärungskurse über Unterstützungsmöglichkeiten für junge Familien; noch mehr Flexibilität bzgl. der Arbeitszeiten von Seiten der Unternehmen

4. Stärkung des gesellschaftlichen Engagements von Jugendlichen

Aussagen wie *„Ich kann ja doch nichts verändern“* und *„Warum wählen gehen, wenn meine Stimme eh nicht zählt“* sind unter Jugendlichen sehr häufig zu hören. Auch das Überangebot von Informationen in den Medien trägt zur politischen Orientierungslosigkeit und zum allgemeinen Desinteresse der Jugendlichen bei. Es sollte mehr Projekte geben, in denen Jugendliche sich aktiv innerhalb ihrer Stadt oder Gemeinde am politischen Leben beteiligen können. Deswegen muss sich jeder seiner Verantwortung bewusst sein, durch attraktivere Angebote Jugendliche dazu zu bringen sich stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzumi-

schen. Der **Europäische Pakt für die Jugend** ist ein erneuter Anlauf in diesem Zusammenhang.

Unserer Meinung nach könnten folgende Vorschläge zu einer erfolgreichen Problemlösung führen:

- Kritische Beleuchtung der eigenen schulischen Mitbestimmungskriterien
- Städtischer Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Jugendengagements
- Senkung des allgemeinen Wahlrechts auf 16 Jahre und eine intensive Betreuung der Erstwähler
- Stärkung des Mitspracherechts von Jugendlichen in der Stadtversammlung durch Vertreter der Schul- und Verbandsjugend
- Mehr Raum für die Stimme der Jugend in den Medien und ein größeres Angebot von speziellen Jugendseiten in Zeitungen
- Aufstellen eines Informationskastens am Rathaus oder anderen öffentlichen Einrichtungen mit der Bekanntgabe von regionalen Veranstaltungen und Hinweisen für Jugendliche
- Verstärktes Engagement von freien Trägern und Städten bei der Gewinnung von EU-Fördermitteln für Jugendprojekte
- Dialog mit dem Bürgermeister um verschiedene jugendrelevante Mottojahre ins Leben zu rufen, die vor Ort Jugendprobleme ein Jahr lang thematisieren

Wie oben erwähnt soll die eigentliche Durchführung des **Europäischen Pakts für die Jugend** auf regionaler Ebene erfolgen. Das heißt jedoch nicht, dass die Europäische Kommission nicht auch selbst gewisse Programme und Ideen entwickelt hat bzw. darauf zurückgreift, um den Pakt so schnell und erfolgreich wie möglich zu realisieren. Einige dieser Programme sind

- Der Europäische Sozialfonds²
- „JUGEND“ (bis 2006) und „Jugend in Aktion“ (2007-2013)³
- Integriertes Lebenslanges Lernen⁴

² Der Europäische Sozialfonds (ESF) verhilft den Arbeitnehmern dazu, sich höher zu qualifizieren und somit ihre Berufsaussichten zu verbessern. Der 1957 gegründete ESF ist die Hauptquelle der EU für eine finanzielle Unterstützung der Bemühungen, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und Humanressourcen aufzubauen. Er steht den Mitgliedstaaten zur Seite, wenn es darum geht, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Menschen im Arbeitsmarkt zu halten und Ausbildungsmaßnahmen zu fördern, um Europas Arbeitskräfte und Unternehmen besser zu befähigen, neue, globale Herausforderungen anzunehmen.

³ Die Kommission legt das neue Programm JUGEND für den Zeitraum 2007-2013 auf. Der Finanzrahmen für die weitgehend dezentrale Durchführung dieses Programms ist auf 915 Millionen Euro festgelegt. Das Programm richtet sich an junge Menschen zwischen 13 und 30 Jahren in den Mitgliedstaaten und in Drittländern, vor allem denjenigen, die unter die neue Nachbarschaftspolitik fallen. „Jugend in Aktion“ umfasst fünf Aktionen, u. a. Jugendaustauschmaßnahmen, die Aktion „Europäischer Freiwilligendienst“ sowie die Aktion „Jugend für die Welt“ zur Förderung von Projekten mit Drittländern.

⁴ Am 14. Juli 2004 hat die Kommission einen Vorschlag für die nächste EU-Programmgeneration im Bereich des lebenslangen Lernens angenommen. Dieser stützt sich auf die Erfahrungen mit den jetzigen Programmen wie Sokrates und Leonardo da Vinci. Das neue Aktionsprogramm umfasst sektorale Einzelprogramme für die Schulbildung (Comenius), die Hochschulbildung (Erasmus), die berufliche Bildung (Leonardo da Vinci) und die Erwachsenenbildung (Grundtvig).

- Bürger/innen für Europa⁵
- Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation⁶
- Marie-Curie-Programm⁷

Es gibt also viele Wege und Möglichkeiten, Jugendliche in Europa zu fördern und dadurch ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft zu unterstreichen. Denn sie können einen beträchtlichen Beitrag dazu leisten, eine Steigerung der Beschäftigung und des Wachstums zu erreichen und eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen. Die heute unter 25-Jährigen sind die Arbeitskräfte der Zukunft und die zukünftige Quelle dringend benötigter Ressourcen für Forschung Innovation und Unternehmergeist. Allerdings liegt die Verantwortung für eine Verbesserung der Jugendpolitik nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch bei den Jugendlichen selbst. Sie müssen sich aktiv in Entscheidungen, die ihre eigene Zukunft betreffen, einmischen. Die Ideen sind da, nun liegt es an uns allen sie umzusetzen! Jugendpolitik kann begeistern, wenn sie begeisternd gestaltet wird!

⁵ Das neue Programm "Bürger/innen für Europa" für den Zeitraum von 2007 - 2013 wird das derzeitige, das 2006 ausläuft, ablösen. Es ist ein Beitrag zur einer der größten Herausforderungen der Europäischen Union, nämlich die Kluft zwischen den Bürger/innen und den europäischen Institutionen zu überbrücken. Dieses neue Programm gibt der Union Möglichkeiten die aktive Bürgerbeteiligung voranzutreiben, stellt die Bürger/innen in den Mittelpunkt, gibt ihnen die Gelegenheit ihre Verantwortung als europäische Bürger/innen ernst und wahr zu nehmen.

⁶ Das erste Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) ist eine schlüssige und ganzheitliche Antwort auf die Frage, wie sich die Ziele der neu aufgelegten Strategie von Lissabon am effektivsten erreichen lassen vor. Das CIP ist für eine Laufzeit von sieben Jahren (2007 bis 2013) angelegt und soll mit einem Budget von ungefähr 3,6 Mrd. € ausgestattet werden. Dies bedeutet eine Steigerung der jährlichen Ausgaben der Maßnahmen für Wettbewerb und Innovation bis 2013 von 60 % im Vergleich zu 2006.

⁷ Das Marie-Curie Programm fördert Humanressourcen und Mobilität (HRM) für die Gestaltung des Europäischen Forschungsraum (ERA). Es ist in erster Linie darauf ausgerichtet, Forschungskompetenzen zu entwickeln und innerhalb Europas sowie nach Europa zu transferieren. Dafür sollen die Laufbahnaussichten für Wissenschaftler verbessert und erweitert, sowie wissenschaftliche Spitzenleistungen verstärkt gefördert werden.